Antwort an das Bundeskriminalamt **Seite 2** | Urteil von Hannover – ein erster Erfolg **Seite 4** | Wie wird man Kriegsverbrecher? **Seite 14**

D 8933 C

die tat
antifaschistische wochenzeitung

Frankfurt (Main) · 7X. Jahrgang · Nr. 39 · 26. Sept. 1974 · Preis 0,80 DM

Soldaten klagen an: Folter bei der Bundeswehr

Gefangenenmißhandlung als „Lernziel" im Bataillon 133 in Wetzlar

Schwerste Anklagen erhebt der Arbeitskreis Demokratischer Soldaten (ADS) in Wetzlar gegen Foltermethoden in der Bundeswehr. Die vom ADS herausgegebene Soldatenzeitung „Rührt Euch" beschuldigt in der Nummer 5 Hirse 1. Fahrgangs als Täter den Bundeswehrleutnant Sohn. Dieser Offizier habe seinen Untergebenen gegenüber sogar ausdrücklich bestätigt, daß das, was er anordnete, vom Volksrecht als Kriegsverbrechen gekennzeichnet und verboten ist. „Rührt Euch" berichtet wörtlich:

„Wie man sie Haftgangs Formation ... [illegible]

Sein Name ist bei den meisten ... [illegible]

Mit diesem Plakat wirbt die VVN-Bund der Antifaschisten um Unterstützung für ihre Forderung, daß endlich das Gesetz zur Sicherung des Friedens geschaffen wird, dessen Verabschiedung das Grundgesetz seit 1949 bindend vorschreibt. Plakat und Gesetzestext können beim Präsidium der VVN-Bund der Antifaschisten, 6 Frankfurt, Bossenstraße 4, angefordert werden.

Beschimpft, verfemt, nicht eingestellt

Berufsverbot auch für SPD- und FDP-Mitglieder

Was von Anfang an zu erwarten war: bestätigt sich. Nicht nur Kommunisten sind von Berufsverbot bedroht. Wie in der Neuzeit werden in CDU-regierten Ländern und Städten von den Verfolgungsmaßnahmen, die mit dem „Kanzlererlaß" des Ministerpräsidentenkonferenz begründet werden, gerade jetzt konsequent demokratisch engagierte Sozialdemokraten und Liberale getroffen. Nur durch schlagkräftige Aktionen breiter Bevölkerungskreise konnte der Tatz der Maßregelungen wieder rückgängig gemacht werden. Der Zentrale Arbeitsausschuß „Weg mit den Berufsverboten" hat folgende — noch unvollständige — Liste von Berufsverboten veröffentlicht, die gegen Mitglieder der SPD und der FDP verhängt worden.

MONIKA KETTERATH, Mitglied der SPD, Lehramtskandidatin in Rheinland-Pfalz: im August 1974 zunächst nicht eingestellt. Begründung: der Vater sei Mitglied kommunistischer Vereinigungen", sie selbst habe früher dem MSB Spartakus angehört.

WILFRED WOLF, Mitglied der SPD und der Jungsozialisten, Diplom-Pädagoge in Nordrhein-Westfalen (Essen), wurde — noch unbefristet verfügter Nichteinstellung — erst nach Protesten örtlicher SPD-Gliederungen im Juli 1974 zur Bewährung bis zum 1. 8. 1974 begründet der Nichteinstellung: Teilnahme an zwei öffentlichen Veranstaltungen der Marxistischen Arbeiterbildung zum Thema „Politischer Unterricht in der DDR".

RUDOLF RENNER, Mitglied der FDP und der Jungdemokraten, Jurist in Rheinland-Pfalz: am 28. 2. 1974 abgelehnt nach öffentlichen und FDP-Protestaktionen dann aber doch eingestellt. Begründung der Ablehnung: Kandidatur für eine Liste an der Uni Mainz, auf der auch MSB-Mitglieder aufgestellt waren.

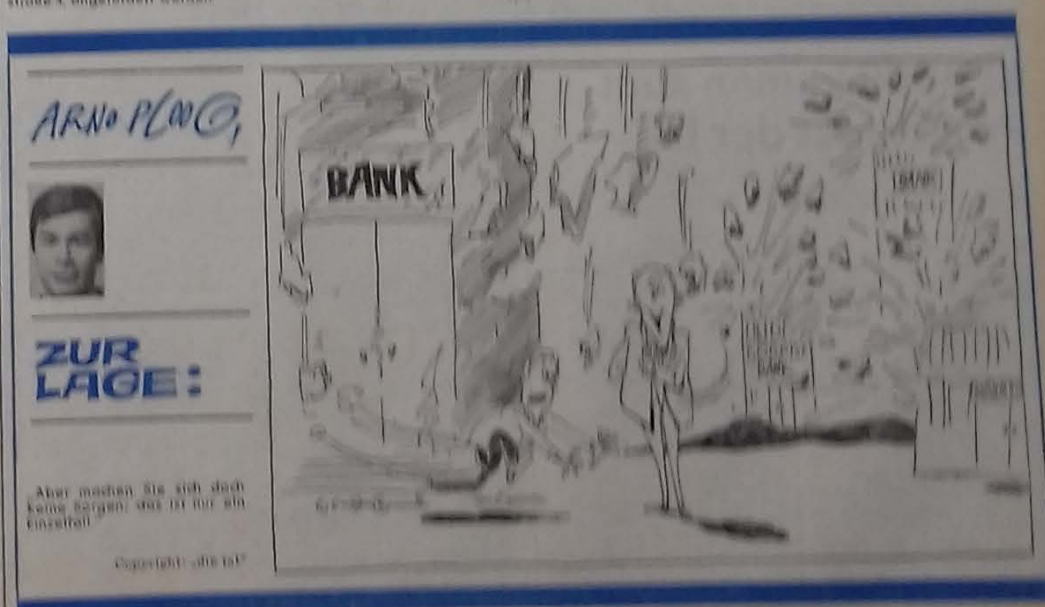
URSULA AMMON-HUBACH, Mitglied der SPD und des Sozialdemokratischen Hochschulbundes, Medizinassistentin in Bayern, sollte entlassen werden, wird dank heftiger öffentlicher Protestaktionen jedoch weiterbeschäftigt. Grund der beabsichtigten Entlassung: Kandidatur für den SHB.

ALFRED ASCHKOFF, Mitglied des Sozialdemokratischen Hochschulbundes, Medizinassistent in Bayern: Arbeitsplatzbedrohung aus den gleichen Gründen, wird jedoch ebenfalls infolge der Protestbewegung weiterbeschäftigt.

SEBASTIAN GARTEN, Mitglied der SPD, Lehrer in Baden-Württemberg (Stuttgart): Übernahme in das Beamtenverhältnis erst nach Protesten.

KLAUS VON BEYME, Mitglied der SPD, Hochschullehrer in Baden-Württemberg (Heidelberg), wurde die Berufung trotz Protestes verweigert. Begründung: seine „Gegnerschaft zur CDU-Landesregierung" sei bekannt. Nach einer Loyalitätserklärung erfolgte die Einstellung.

HANS HERKLES, Mitglied der SPD und der Jungsozialisten, Lehrer in Neidlhein-Westfalen (Greven bei Münster): ihm wird die beantragte Versetzung von Hohenhorst in seinen Wohnort Greven abgelehnt. Die CDU stimmte im Schulrat und im Schulausschuß dagegen, obwohl Herkles Antrag von der Stadtverwaltung befürwortet worden war. Inoffizielle Begründung der Ostpresse: „Anwendung des Ministerpräsidentenbeschlusses".

RAINER KORDATZKI, Mitglied der SPD, Volksschullehrer in Bayern (Auerzell), wurde im September 1973 aus dem Schuldienst entlassen. Begründung: „Zweifel an der Verfassungstreue", denn 1. habe er während des Studiums bei den „Roten Zellen" mitgearbeitet, 2. wohne er freiwillig in einem Haus, aus dem die rote Fahne herunterhänge, 3. bete er nicht mit den Kindern.

RAINER OFFERGELD, Studienrat in Bayern (München), Mitglied der SPD, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft junger Lehrer in der GEW und Mitglied des Bundesvorstandes dieser Gewerkschaft: der aktuellste Fall in dieser Reihe. Denn noch monatelangem Kesseltreiben hat das CDU-Kultusministerium im mit Beginn der Sommerferien 1974 unter Mißachtung einer Verwaltungsgerichtsentscheidung aus dem Schuldienst entlassen. Begründung der Maßregelung: Offergeld entspreche nicht den „gewünschten Anforderungen". Auch in diesem Fall begann sofort eine neue Solidaritätsaktion. Mehrere Lehrer des Münchener Luitpold-Gymnasiums, dessen Rektor eine ähnliche Rolle im Fall Offergeld spielte, haben ihre Schule aus Protest verlassen. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft gibt dem Gemaßregelten Rechtsschutz.